

Christoph Brutschin steht seit Februar 2009 dem Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt des Kantons Basel-Stadt vor.



FOTOS: DOMINIK PLÜSS

| INTERVIEW MIT CHRISTOPH BRUTSCHIN

«100 Prozent Energie aus erneuerbaren Quellen wäre eine Pionierleistung»

Christoph Brutschin ist seit Februar 2009 Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt und Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU). Die IWB fallen neu in seine Zuständigkeit. energie&wasser im Gespräch mit Christoph Brutschin zu den IWB und deren Rolle in der Basler Energiepolitik.

Im Kanton Basel-Stadt ist die zuständige Behörde für die IWB seit Kurzem das WSU und nicht mehr das Baudepartement. Was ist der Grund für den Wechsel?

Die Idee ist, dass in Basel ein Nachhaltigkeitsdepartement entstehen soll. Nachhaltigkeit ist in diesem Verständnis Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Das war die Idee hinter diesem neuen Departement.

Welche Rolle spielen dabei die IWB innerhalb des WSU?

Die IWB setzen die Fragen der Energiepolitik um, die unter anderem im Amt für Umwelt formuliert werden. Das wirkt sich in Bestimmungen

aus, wie im neuen IWB-Gesetz, das besagt, dass 80 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen produziert bzw. beschafft werden müssen. Die IWB haben traditionell eine relativ hohe Autonomie. Die müssen sie auch haben, weil sie in einem gewissen Bereich dem Markt ausgesetzt sind, und da ist es wichtig, dass eine gewisse Handlungsfähigkeit besteht. Daher ist die IWB-Struktur schon verschieden von anderen kantonalen Dienststellen. Zudem liefern die IWB einen Nettoertrag an den Kanton ab. Zwar verursachen die IWB auch Kosten, aber es kommt eben auch etwas zurück. Das ist sehr ungewöhnlich, weil eigentlich kantonale Instanzen die Aufgabe haben, Geld

effizient und verantwortungsvoll auszugeben bzw. zu verteilen.

Also ist Ihr erster Eindruck von den IWB ein guter?

Ja. Die Mitarbeitenden sind sehr kompetent und engagiert. Ich habe zum Beispiel vom ersten Tag an die Werkskommission präsidieren dürfen. Das war für mich speziell, da ich in dieser Kommission noch nie Mitglied gewesen bin. Aber das war dank der guten Unterstützung kein Problem. Die IWB haben die Geschäfte ausgezeichnet vorbereitet.

Wie sieht es denn mit der Zukunft der IWB aus? Die IWB werden ja zu einer öffentlich-rechtlichen Unternehmung, die aber selbstständig handelnd ist. Wie passt das in das ganze politische und kantonale Umfeld hinein?

Es gibt natürlich auf der strategischen Ebene weiterhin eine enge Verbindung zur Politik. Leistungsaufträge oder Investitionen über 30 Millionen Franken genehmigen immer noch Regierung und Parlament. Im Tagesgeschäft muss man aber den IWB die Möglichkeit geben, noch schneller handeln zu können. Darum wurde die Struktur einer öffentlich-rechtlichen Unternehmung gewählt. Dann soll es den IWB auch

«Die IWB sind auf gutem Weg und müssen mit erhöhter Marschgeschwindigkeit weitergehen.»

möglich sein, selbst Fremdkapital aufnehmen zu können. Wir haben zum Beispiel relativ grosse Beteiligungen an Wasserkraftwerken. In der Zukunft geht es auch darum, den Heimfall dieser Wasserrechte wieder auszukufen. Dafür müssen die IWB grössere Mittel beschaffen können, und das funktioniert als selbstständige öffentlich-rechtliche Unternehmung besser.

Wo sehen Sie in naher Zukunft Handlungsbedarf für die IWB?

Die IWB müssen auf dem Weg, auf dem sie bereits sind, mit erhöhter Marschgeschwindigkeit weitergehen. 2012 wird der gesamte Strommarkt

geöffnet. Das heisst, die IWB müssen sich auf dem Markt positionieren. Ihr besonderes Verkaufsargument ist die Stromproduktion aus erneuerbaren

«Mit Leuchtturmprojekten wollen wir den Menschen Möglichkeiten aufzeigen, wie sie in 50 Jahren leben könnten.»

Energien. Damit grenzen sich sie schon heute von anderen Energieproduzenten und -vertrieben ab, selbst wenn deren Strom vielleicht etwas billiger ist. Im IWB-Gesetz steht, dass der Strom aus mindestens 80 Prozent erneuerbaren Energien stammen soll. Die IWB haben sogar dieses Ziel höher gesteckt und streben eine Umstellung auf 100 Prozent an. Darum sind die IWB auf dem richtigen Weg.

Der Kanton Basel-Stadt hat kürzlich Massnahmen zur Stützung der Konjunktur ergriffen. Unter anderem betreffen einige Punkte die Energiepolitik und die IWB. Warum war dies notwendig?

Wir haben in der Regierung nichts Neues gemacht. Wir haben viele Projekte, die wir sowieso umsetzen wollen, einfach den Vorzug gegeben. Beispielsweise wissen wir, dass der Bund bei der Förderung von Solarstrom mit Gesuchen überrollt wurde, aber nur

beschränkte Mittel zur Verfügung hat. Den Schwung wollen wir ausnutzen, und deshalb führen wir die Solarstrombörse auf kantonaler Basis weiter. Das ist für die Konjunktur gut, weil es viel Beschäftigung auslöst. Ein anderes Beispiel ist das Projekt «Fiber to the Home» mit den Glasfasernetzen. Dieses Projekt wollen wir für Basel schneller realisieren, als es vorgesehen war. Damit soll gewährleistet werden, dass

«In Basel soll ein Nachhaltigkeitsdepartement entstehen. Dies ist in diesem Verständnis Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Das war die Idee hinter diesem neuen Departement.»

nicht nur die grossen Weltfirmen am Glasfasernetz hängen, sondern auch die kleineren Unternehmen und die Privathaushalte. Gleichzeitig sind dies

auch konjunkturstützende und arbeitsplatzsichernde Massnahmen für die Baubranche.

Was ist die Vision Basels in der Energiepolitik?

100 Prozent Energie aus erneuerbaren Quellen – das wäre eine Pionierleistung! Das kann bisher noch kein ▶





► Kanton. Auch in Bezug auf die Sanierung von Häusern müssen wir noch einen Schritt weitergehen. Vor allem im Bürobau gibt es noch Gebäude aus den 1960er- und 1970er-Jahren, deren energetische Situation dringend verbessert werden muss. Im Rahmen des Konjunkturpakets ist dafür auch nochmals ein Budget von zehn Millionen Franken für Sanierungsmassnahmen geplant.

Basel ist also auf dem Weg zur «2000-Watt-Gesellschaft»?

In Basel haben wir eine gute Zusammenarbeit mit den ETH, der Fachhoch-

schule Nordwestschweiz und der Universität. Heute benötigt man in der Schweiz rund 6000 Watt pro Person. Ziel ist es, diesen Verbrauch auf 2000 Watt zu senken. Mit Leuchtturmprojekten wollen wir den Menschen Möglichkeiten aufzeigen, wie sie in 50 Jahren leben könnten, wenn sie nicht mehr so viel Energie verbrauchen würden. Zum Beispiel haben wir die erste Minergie-P-Haussanierung unterstützt oder den Betrieb der ersten wasserstoffbetriebenen Strassenwaschmaschine. Das Parlament hat zur Unterstützung weiterer Projekte dieser Art einen Kredit von rund vier Millionen Franken für die nächsten vier Jahre gesprochen.

Interview geführt von
Andreas Merk

«Die IWB haben die Geschäfte ausgezeichnet vorbereitet. Die Mitarbeitenden sind sehr kompetent und engagiert.»

Projekte schneller realisieren

Der Regierungsrat hat im März einen Fahrplan zur Konjunkturunterstützung verabschiedet. Verschiedene Massnahmen betreffen auch die Energiepolitik. Ziel des Konjunkturförderungsprogramms ist es, der heutigen Konjunkturkrise und ihren Auswirkungen auf die nächsten Monate entgegenzuwirken. Das Augenmerk liegt auf der Stabilisierung der Wirtschaft. Geplante Investitionen sollen durchgeführt werden, um damit Arbeitsplätze erhalten zu können. Mit einer Erholung der Wirtschaft rechnen Experten frühestens ab der zweiten Hälfte 2010. Entsprechend zeitverzögert würden dann die Arbeitslosenzahlen 2011 sinken.

Analog zum Bund möchte der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt in drei Stufen vorgehen. Für den Bereich Energie sehen die geplanten Massnahmen wie folgt aus:

Stufe I: Stabilisierung der Wirtschaft

Beschlossene Massnahmen, die einen Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft leisten, sollen durchgeführt werden. Im Energiebereich heisst das, dass die Solarstrombörse unter Leitung der

IWB weitergeführt werden kann. Zudem verzichtet der Kanton auf die erhöhten Einnahmen aus der Förderabgabe. Die IWB müssen dem Kanton auch den Gewinn nicht abliefern. Mit dieser Massnahme kann die Strompreiserhöhung abgefedert werden, was allen Kundinnen und Kunden der IWB zugute kommt.

Stufe II: Umsetzung geplanter Budgetpostulate

Geplante wichtige Projekte sollen vorgezogen und schneller abgewickelt werden. Daher hat der Regierungsrat zu verschiedenen Budgetpostulaten bereits eine Empfehlung an den Grossen Rat ausgesprochen. Zu ihnen zählen die Ausdehnung des

Gebäudesanierungsprogramms und die beschleunigte Beschlussfassung über den Aufbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes für Basel-Stadt durch die IWB.

Stufe III: Abfederung der Krise

Falls die Massnahmen der Stufen I und II nicht greifen und die Krise 2011 weiter andauert, tritt Stufe III in Kraft, die dann nicht mehr die Stabilisierung der Wirtschaft, sondern die Abfederung der Krise zum Ziel hat. Entsprechende Massnahmen werden von der interdepartementalen Arbeitsgruppe «Konjunkturstützung» erarbeitet.

Andreas Merk

www.wsu.bs.ch



FOTO: FISCHERUNDRYSER, BASEL

Wichtige Projekte für die Stadt Basel sollen schneller abgewickelt werden.